

Themenblätter im Unterricht/Nr. 44



Soziale Gerechtigkeit

– Utopie oder Herausforderung?

— Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (32 Stück) und Hinweise für den Einsatz im Unterricht

Neu 2008!

Aktualisierter
Nachdruck



VORAB



— Zum Autor



Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, Diplom-Soziologe, Jahrgang 1952, leitet die Europäische Akademie Berlin, eine internationale Bildungsstätte, die auch speziell Fortbildungen für Lehrkräfte anbietet. Außerdem lehrt er an der

Freien Universität Berlin Politische Wissenschaften. Er beschäftigt sich mit Fragen der europäischen Integration sowie der internationalen Verflechtung der EU und schreibt regelmäßig Beiträge für deutsche und ausländische Medien. Jüngste Veröffentlichungen: Europas Politik nach Osten. Grundlagen, Erwartungen, Strategien, Hamburg 2007; Polen – da fahr ich hin. 10 gute Gründe, Rheinbreitbach 2008. Veröffentlichungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung u.a.: Themenblätter im Unterricht Nr. 72: Welche EU wollen wir?, Nr. 62: Unterschicht in Deutschland; Nr. 60: Deutschland in Europa; Nr. 47: Die Türkei und Europa; Nr. 46: Europa – in guter Verfassung?, Nr. 44: Soziale Gerechtigkeit; außerdem die „Zeitbilder“: Europa – ein Überblick (2007) und Wirtschaft in Deutschland (2006).

— Impressum

— *Herausgeberin:* Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de
— *E-Mail der Redaktion:* moeckel@bpb.de
(keine Bestellungen!)

— *Autor:* Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
— *Redaktion:* Iris Möckel (verantwortlich), Frithjof Goetz

— *Gestaltung:* Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln

— *Titelillustration:* Leitwerk, Cornelia Pistorius

— *Druck:* Mareis Druck, Weißenhorn

— *Papier:* Schneidersöhne, PlanoNature FSC

FSC-Gütesiegel

— *Urheberrechte:* Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

— *Haftungsausschluss:* Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

— *Zweite Auflage:* Oktober 2008, ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.394 (siehe Bestellcoupon auf der letzten Seite)

— Inhalt

Vorab: Impressum, Zum Autor, Lieferbare Themenblätter im Unterricht
Lehrerblatt 01–04: Anmerkungen für die Lehrkraft
Arbeitsblatt A/B: Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (32 Stück)
zum Thema: „Soziale Gerechtigkeit – Utopie oder Herausforderung?“
Hinweise: Weiterführende Literatur und Internetadressen
Rückseite: Fax-Bestellblatt

— Lieferbare Themenblätter im Unterricht

- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion. Bestell-Nr. 5.352
Nr. 4: Demokratie: Was ist das? (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.354
Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn. Bestell-Nr. 5.355
Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.358
Nr. 10: Wer macht was in Europa? (neu 2006) Bestell-Nr. 5.360
Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten. (neu 2005) Bestell-Nr. 5.370
Nr. 22: Lust auf Lernen. (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.372
Nr. 23: Koalieren und Regieren. (neu 2005) Bestell-Nr. 5.373
Nr. 33: Internet-Sicherheit. Bestell-Nr. 5.383
Nr. 37: 20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.387
Nr. 39: Zuschauer-Demokratie? Bestell-Nr. 5.389
Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern? Bestell-Nr. 5.390
Nr. 44: Soziale Gerechtigkeit – Utopie oder Herausforderung? (neu 2008) Bestell-Nr. 5.394
Nr. 45: Folter und Rechtsstaat. Bestell-Nr. 5.395 (Restbestand)
Nr. 46: Europa in guter Verfassung? Bestell-Nr. 5.396
Nr. 47: Die Türkei und Europa. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.940
Nr. 48: Politische Streitkultur. Bestell-Nr. 5.941
Nr. 49: Sport und (Welt-)Politik. Bestell-Nr. 5.942
Nr. 51: Gesundheitspolitik – Ende der Solidarität? Bestell-Nr. 5.944
Nr. 52: Wasser – für alle!? Bestell-Nr. 5.945
Nr. 53: Wehr(un)gerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.946
Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.947
Nr. 55: Baukultur und Schlossgespenster. Bestell-Nr. 5.948
Nr. 56: Stichwort Antisemitismus. Bestell-Nr. 5.949
Nr. 57: Nachhaltige Entwicklung. Bestell-Nr. 5.950
Nr. 58: Wie christlich ist das Abendland? Bestell-Nr. 5.951
Nr. 59: Gleiche Chancen für Anne und Ayshe? Bestell-Nr. 5.952
Nr. 60: Deutschland für Europa. Bestell-Nr. 5.953
Nr. 61: Friedenschancen im Nahen Osten? Bestell-Nr. 5.954
Nr. 62: Unterschicht in Deutschland? Bestell-Nr. 5.955
Nr. 63: Akteure im politischen Prozess. Bestell-Nr. 5.956
Nr. 64: Urteil und Dilemma. Bestell-Nr. 5.957
Nr. 65: Europa der 27. Bestell-Nr. 5.958
Nr. 66: Mitmischen: Neue Partizipationsformen. Bestell-Nr. 5.959
Nr. 67: Inländisch, ausländisch, deutschländisch. Bestell-Nr. 5.960
Nr. 68: Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet. Bestell-Nr. 5.961
Nr. 69: Olympialand China. Bestell-Nr. 5.962
Nr. 70: US-Präsidentschaftswahl 2008. Bestell-Nr. 5.963
Nr. 71: Mobilität und Umwelt. Bestell-Nr. 5.964
Nr. 72: Welche EU wollen wir? Bestell-Nr. 5.965
Nr. 73: Klimagerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.966
Nr. 74: Terrorabwehr und Datenschutz. Bestell-Nr. 5.967
Nr. 75: Bedrohte Vielfalt – Biodiversität. Bestell-Nr. 5.968

Sämtliche Ausgaben im Internet, auch die vergriffenen, in Farbe und Schwarz-Weiß:
www.bpb.de/themenblaetter

— Jetzt bestellen! pocket politik - Demokratie in Deutschland



Politische Begriffe - von „Abgeordnete“ bis „Zuwanderung“ - kompakt, übersichtlich und leicht verständlich. Dazu ausführlichere Informationen zu kontrovers diskutierten Themen sowie Tipps, Adressen und Wissenswertes zu Beruf, Schule und Politik.

www.bpb.de/publikationen/pocket

Soziale Gerechtigkeit – Utopie oder Herausforderung?

LEHRERBLATT

01

von Eckart D. Stratenschulte

Soziale Gerechtigkeit ist ein Thema, das bei allen politischen Diskussionen, ob am Stammtisch oder im Deutschen Bundestag, ganz oben steht. Die Schwierigkeit im Umgang mit diesem Thema liegt nicht zuletzt darin, dass es keinen verbindlichen Begriff von Gerechtigkeit gibt und dass Gerechtigkeit immer auch eine Empfindung, also subjektiv geprägt ist.

Natürlich steht soziale Gerechtigkeit im Verhältnis zur sozialen Ungleichheit. Während man die aber messen und beschreiben kann, ist soziale Gerechtigkeit eine Frage der Bewertung. Die Bundeskanzlerin verdient viel mehr als ein Busfahrer, das ist leicht festzustellen. Aber ist es gerecht? Die Bundeskanzlerin verdient viel weniger als ein Wirtschaftsmanager oder ein 22-jähriger Bundesligaspieler. Ist das gerecht? Was wir also für sozial gerecht halten bzw. mit wie viel Ungerechtigkeit wir bereit sind zu leben, muss politisch ausgehandelt werden. Wie unterschiedlich die Auffassungen sind, zeigt ein Blick in die aktuellen Programme der im Bundestag vertretenen Parteien (↑ „Tipps“).

Schon weil diese Beurteilungen sich immer unterscheiden werden, aber auch, weil keine Gesellschaft vollkommen ist, wird es die sozial gerechte Gesellschaft nie geben, nur solche, in denen es gerechter zugeht, und andere, die ungerechter sind.

♀ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

— Lernziel: Was ist „soziale Gerechtigkeit“?

Nicht die Vermittlung soll im Vordergrund des Unterrichts stehen, sondern das Ziel, dass die Lernenden ihren eigenen Begriff von sozialer Gerechtigkeit relativieren und erkennen, dass es auch andere mögliche und legitime Beurteilungen für denselben Sachverhalt gibt.

— Tipps für den weiteren Unterricht:

Das Thema soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit ist in einem anderen Kontext zu bearbeiten mit dem Themenblatt Nr. 40 „Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern?“

siehe Literaturverzeichnis

Im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit könnten die Bereiche „Studiengebühren“ und „Hartz IV“ interessant sein. Zum Thema Studiengebühren finden sich viele Informationen und Links unter:

www.studiengebuehren.de.

Dort sind auch Links zu den Websites der Parteien und einiger Verbände mit ihren Positionen zum Thema angegeben.

Zur Berechnung des Armutsrisikos in Deutschland sowie des Nettoäquivalenzeinkommens gibt es gut verständliche Informationen auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung:

www.bpb.de > Wissen > Zahlen und Fakten > Die soziale Situation in Deutschland > Armut > Armutsgefährdung

— Sozialverträgliche Ungleichheit

Letztendlich dreht sich die Frage der sozialen Gerechtigkeit immer um die der Gleichheit. Wie gleich müssen die Bürger♀, wie unterschiedlich dürfen sie sein, damit eine Gesellschaftsordnung als gerecht empfunden wird? Das heißt, soziale Gerechtigkeit hat nicht die Gleichheit aller zum Ziel, sondern das Maß der sozialverträglichen Ungleichheit. Dass jemand, der viel und fleißig arbeitet, mehr verdient als jemand, der faul und nachlässig ist, dürfte allgemein akzeptiert sein. Dass Männer und Frauen für denselben Job ein unterschiedliches Gehalt bekommen, was manchmal heute noch so ist, dürfte allgemein als ungerecht empfunden werden.

Gerechtigkeit hat also mit Gleichheit zu tun. Kontrovers diskutiert wird die Frage, wo die relative Gleichheit bestehen müsse, bei den Chancen oder den Ergebnissen. Ist jeder♀ seines Glückes Schmied und für seinen Erfolg oder Misserfolg selbst verantwortlich, oder muss der Staat dafür sorgen, dass im Ergebnis alle mehr oder weniger denselben Anteil am Wohlstand, an der sozialen Sicherung, an der Gesundheitsversorgung und bei der kulturellen Teilhabe besitzen? Müssen also, um ein Bild aus dem Sport zu nehmen, alle zur selben Zeit loslaufen, oder sollen alle im selben Augenblick ankommen?

— Felder sozialer Ungleichheit

Das Einkommen ist nur ein Feld sozialer Ungleichheit und damit möglicher sozialer Ungerechtigkeit.

Andere Felder sind Bildungschancen, Soziale Sicherung sowie Gesundheitsversorgung.

Zunehmend wird auch die Generationengerechtigkeit diskutiert, also die Frage, wie viel Schulden und Lasten die jetzt beruflich aktive Generation eigentlich der nächsten Generation zurücklassen darf.

LEHRERBLATT

02

— Gerechtigkeit im Steuersystem

Die Hälfte aller Steuerpflichtigen trugen 2006 gerade 6,3 Prozent zum gesamten Einkommensteueraufkommen bei. Hingegen stammten drei Viertel des gesamten Einkommensteueraufkommens von nur einem Viertel der Steuerpflichtigen. Diese verdienten im Monat mindestens 3.750 Euro brutto.

Wie viel Steuern auf das zu versteuernde Einkommen gezahlt werden müssen, ist im Einkommensteuergesetz festgelegt.

- Ein Einkommen im Jahr bis 7.664 Euro ist für Ledige und bis 15.328 Euro für Verheiratete steuerfrei.

- Darüber hinausgehende Einkommen müssen versteuert werden - mit steigenden Einkommensteuersätzen. Anfangs sind es 15 Prozent, die dann stufenweise zunehmen und bei 42 Prozent für Einkommen ab 52.152 Euro enden.

- Für Einkommen über 250.000 Euro sind 45 Prozent zu bezahlen.

Quelle: www.bundesfinanzministerium.de, August 2008.

— Folgen von Arbeitslosigkeit

„Generell tendieren Arbeitslose dazu, sich überflüssig zu fühlen, einen Mangel an Lebenssinn zu verspüren und ein negatives Selbstbild zu entwickeln. Sie machen sich häufig für ihre Situation verantwortlich und zweifeln an sich selbst. Da sie ihr weiteres Leben nicht mehr planen können, fühlen sie sich hilflos und ihrem Schicksal ausgeliefert. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit wird ihre Grundstimmung immer negativer, verlieren sie die Hoffnung auf Besserung ihrer Situation, werden sie immer passiver, unzufriedener und verbitterter. Oft werden sie depressiv oder alkoholkrank, wobei Alkoholmissbrauch vielfach mit erhöhter Streitlust, Aggressivität und Gewaltanwendung in der Familie verbunden ist. Auch verschlechtert sich ihr Gesundheitszustand, sind sie häufiger krank.“

Obwohl Arbeitslose heute weniger stigmatisiert werden als in den 60er und 70er-Jahren, erleben sie weiterhin Vorurteile, Diskriminierung und eine Beeinträchtigung ihrer sozialen Beziehungen. So nimmt vor allem der Kontakt zu früheren Kollegen bald ab. Vereinzelt kommt es aber auch zur Selbstisolation. (...)“

Ans: Kindergartenpädagogik – Online-Handbuch. Herausgeber: Martin R. Textor. www.kindergartenpaedagogik.de/34.html

— Zu den Aufgaben auf Arbeitsblatt A

Was ist soziale Gerechtigkeit? (zu Aufgabe 1A)

Diese Aufgabe soll zur Diskussion anregen. Hier gibt es keine richtige und keine falsche Antwort. Es wird vielmehr deutlich, dass man soziale Gerechtigkeit unterschiedlich definieren kann. Es sollte im Gespräch herausgearbeitet werden, dass eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn alle gleich behandelt werden.

Dazu, wie diese Gleichbehandlung aussieht, gibt es jedoch unterschiedliche Auffassungen. Man unterscheidet zwei Konzepte:

Die Gleichheit der Chancen und die Gleichheit der Mittel

Die erste Auffassung geht davon aus, dass alle die gleiche Möglichkeit haben müssen, etwas aus ihrem Leben zu machen. Sie müssen also rechtlich gleich behandelt und möglichst wenig eingeschränkt werden. Alles weitere muss man den Menschen selbst überlassen.

Die andere Auffassung geht davon aus, dass die Gleichheit bei den Mitteln und dem Zugang zu Gütern hergestellt werden muss. Den Reichen soll genommen, den Armen gegeben werden. Dieser Grundsatz ist bis zu einem gewissen Maß noch gesellschaftlich akzeptiert. Ein Beispiel hierfür ist die Steuerprogression in Deutschland. Wer viel verdient, zahlt einen höheren Prozentsatz Steuern (↑ Kasten links).

Wie sozial gerecht geht es Ihrer Meinung nach in Deutschland zu? (zu Aufgabe 1B)

Auch auf die Frage, wie sozial gerecht die Bundesrepublik Deutschland ist, gibt es keine objektive Antwort. Abgesehen von unterschiedlichen Kenntnissen über die tatsächliche Ungleichheit in Deutschland haben die Schüler*innen sicherlich unterschiedliche „Toleranzgrößen“ für die Akzeptanz von Ungleichheit. Vor allem aber ist die Frage, womit man Deutschland vergleicht: mit der Idealvorstellung einer gerechten Gesellschaft oder mit anderen Ländern und mit welchen. In der Diskussion um die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland ist es daher sehr wichtig, dass die Schüler*innen ihre Maßstäbe offen legen (und sich dadurch selbst darüber klar werden).

Was müsste getan werden, damit es in Deutschland gerechter zugeht? (zu Aufgabe 2)

2001 hat die Bundesregierung zum ersten Mal einen Armutsbericht vorgestellt. Er behandelte die Wohlstandsentwicklung bis 1998 und kam zu dem Ergebnis, dass die „soziale Ausgrenzung zugenommen und Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat.“

Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Berlin 2001).

Mittlerweile sind zehn Jahre vergangen und der neueste Bericht wurde im Sommer 2008 vorgestellt. Allerdings hat sich nichts gebessert. Im Gegenteil: Die Schere der Einkommensentwicklung geht weiter auseinander.

Lebenslagen in Deutschland – Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Berlin 2008), S. 55, www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.pdf

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellte 2008 fest:

„Die Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen ist in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich geschrumpft. Ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung ging von 62 Prozent im Jahr 2000 auf 54 Prozent 2006 zurück. Entsprechend gestiegen ist der Bevölkerungsanteil an den Rändern der Einkommensverteilung, wobei in der Mittelschicht die Abwärtsmobilität stärker ausgeprägt war als der Aufstieg in höhere Einkommensklassen.“

Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008, S. 101, www.diw.de/documents/publikationen/73/79586/08-10-1.pdf

Einfach gesagt: Viele werden immer ärmer und einige immer reicher.

Was spielt eigentlich für soziale Gerechtigkeit eine Rolle? (zu Aufgabe 3A und 3B)

Die nächste Aufgabe soll den Lernenden den Blick für die verschiedenen Dimensionen sozialer Ungleichheit weiten. Es geht eben nicht nur ums Geld (in Form von Einkommen und Steuern, also Einkommensabzügen), sondern auch um die Gesundheitsversorgung, die soziale Sicherheit, den Zugang zu Bildung und die Geschlechtergerechtigkeit. „Auslandsreisen“ spielen in diesem Zusammenhang natürlich keine Rolle, und Glück ist eine individuelle Empfindung. Zur Bearbeitung der Aufgabe B kann man zum Beispiel Parteiprogramme heranziehen (↑ Tippkasten Lehrerblatt 01).

Beispiel: Hüftgelenke für Alte?

Vor einiger Zeit gab es in Deutschland im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform eine Debatte darüber, ob die Krankenkassen, also die Allgemeinheit, älteren Menschen noch ein neues Hüftgelenk finanzieren müssten. Damit waren gleich zwei Punkte angesprochen: die **Gerechtigkeit zwischen Beitragszahlern** und **Leistungsempfängern**, die auch zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Rauchen oder mit Risikosportarten kontrovers diskutiert wird, und die **Gerechtigkeit zwischen den Generationen**. Schließlich sind es die Jungen, die aktuellen Beitragszahler, die den Alten, den Rentnern, das Hüftgelenk „spendieren“ sollen (↑ nebenstehende Interview-Kästen).

LEHRERBLATT

03

— Interviews: Generationengerechtigkeit

A Ich halte nichts davon, wenn 85-Jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommen. Das ist eine reine Frage der Lebensqualität. Das klingt jetzt zwar extrem hart, aber es ist doch nun mal so: Früher sind die Leute auch auf Krücken gelaufen. Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass nicht jeder medizinische Fortschritt automatisch und auf Kosten der Allgemeinheit in Anspruch genommen werden kann.

— Der Vorsitzende der Jungen Union, **Philipp Missfelder**, in einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel am 3. August 2003

B Man kann über Generationengerechtigkeit sehr wohl streiten, und man muss sie gewiss immer neu justieren. (...) Die Frage kann dann also nicht lauten: Bekommt der 85jährige Patient eine neue Hüfte oder nicht? Sondern sie lautet: Wer soll sie bezahlen? Er selber, die Kasse – oder seine Familie, das heißt – im Vorgriff: seine Erben?

(...) Um das deutlich zu demonstrieren: Ein junger Mann (...) springt, wie das so häufig vorkommt, über Kopf ins flache Wasser oder bricht sich auf andere Weise im modernen, schicken Wassersport ein paar Wirbel, ist also querschnittsgelähmt. Soll man dann sagen: Selber schuld, warum bist Du ins Wasser gesprungen? Oder gar (...): Früher sind die Leute an so etwas auch umstandslos gestorben? Und warum soll man für die relativ wenigen Lebensentfaltungschancen, die einem Querschnittsgelähmten bleiben, so viel Geld ausgeben?

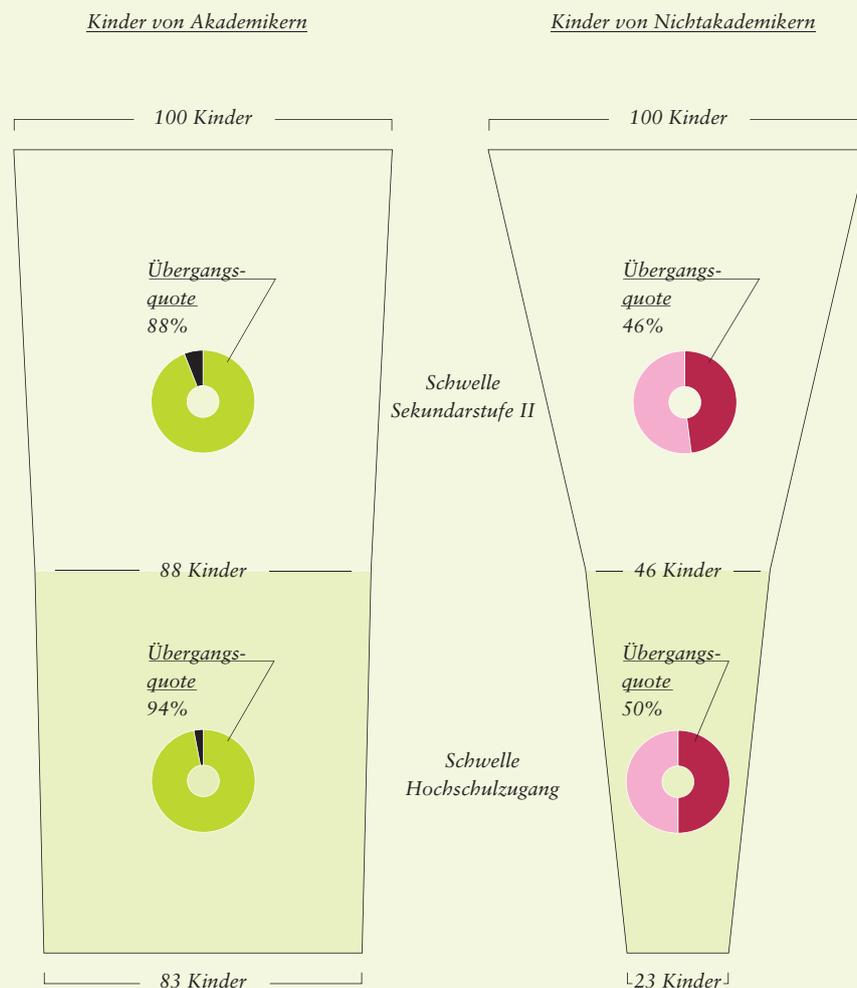
Mit anderen Worten: Die Frage der Solidarität und Kostengerechtigkeit im Gesundheitswesen hat im Kern gar nichts zu tun mit dem Alter der Kranken (...). Sehr viel mehr hätten die Kosten des Gesundheitssystems zu tun mit dem vernünftigen Verhalten der Versicherten und der vorbeugenden Gesundheitspflege. Da wäre aufs Ganze viel mehr zu sparen als bei den paar Hüften über 85. Und dieser Sektor beträfe die Verantwortung der Jüngeren viel stärker – denn vorbeugen, das muss man beizeiten tun.

Und was nun die Generationengerechtigkeit selber angeht, so kann man vieles über die Verantwortung der Älteren sagen, vor allem dazu, dass sie selber dafür gesorgt haben, dass es so wenige Jüngere gibt. [Die Erbschaftsteuer sollte erhöht werden,] denn die junge Generation wird – ohne dass sie etwas dafür geleistet hat – von unserer Generation sehr viel mehr erben als wir von unseren Altvordern. (...)

— **Robert Leicht** im August 2003

— Der Bildungstrichter 2005

Bildungsbeteiligung von Kindern nach akademischem Abschluss des Vaters in %



Quelle: 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System (ausgewählte Ergebnisse), Bonn / Berlin 2008, Seite 8, www.studentenwerke.de/pdf/Kurzfassung18SE.pdf, © Leitwerk

Quelle: www.zens.zeit.de/text/2003/33/leicht_110803

LEHRERBLATT

04

— Zu den Aufgaben auf Arbeitsblatt B

Arbeitsblatt B greift die durch das Einkommen bestimmten sozialen Unterschiede noch einmal unter einem anderen Aspekt auf, der **ererbten Armut**. Natürlich gibt es genauso ererbten Reichtum. Beides wirkt sich auch auf die Bildungs- und Karrierechancen aus (↑ Grafik „Bildungstrichter“ auf Lehrerblatt 03).

Wie wichtig ist die Herkunft für die soziale Gerechtigkeit? (zu Aufgabe 4)

Die Diskussionsaufgabe beschäftigt sich mit der Frage der Auswirkung der unterschiedlichen Bildungszugänge für die soziale Gleichheit und damit auch für die soziale Gerechtigkeit.

Die ist dann verletzt, wenn die Ungleichheit ein nicht mehr tolerables Maß erreicht hat. Natürlich gibt es immer Beispiele von Menschen, die auch unter schwierigen Bedingungen oder mit geringer formaler Bildung den sozialen Aufstieg geschafft haben. Dabei darf man sich aber nicht täuschen lassen. Die Regel sieht so aus: Je niedriger der Bildungsabschluss, desto geringer die Aufstiegschancen und desto geringer das Einkommen.

Wieviel Ungleichheit gerecht ist, ist objektiv nicht festzulegen.

Sozialstaat Deutschland (zu Aufgabe 5)

Das Grundgesetz spricht die soziale Gerechtigkeit indirekt in Artikel 20, Abs. 1 an, der in Arbeitsblatt B zitiert ist. Das Bundesverfassungsgericht lässt in einem Urteil von 1982 der Politik jedoch einen weiten Gestaltungsspielraum bei der Auslegung und Anwendung dieses Artikels.

Das Sozialstaatsprinzip stellt also dem Staat eine Aufgabe, sagt aber nichts darüber, wie diese Aufgabe im Einzelnen zu verwirklichen ist – wäre es anders, dann würde das Prinzip mit dem Prinzip der Demokratie in Widerspruch geraten: Die demokratische Ordnung des Grundgesetzes würde entscheidend eingeschränkt und verkürzt, wenn der politischen Willensbildung eine zwingende Verpflichtung vorgegeben wäre. Wegen dieser Offenheit kann das Sozialstaatsprinzip den Grundrechten keine unmittelbaren Schranken setzen. (BVerfGE 59, 231)

— Verteilungsgerechtigkeit

A Ich finde, dass wir das Modell der Verteilungsgerechtigkeit schon überreizt haben. Wir haben heute eine Staatsquote von deutlich über 50 Prozent. Ein erheblicher Teil davon sind Sozialausgaben, die umverteilt werden. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht vor lauter Umverteilen, Transaktions- und Bürokratiekosten die eigentlichen Leistungen so sehr einschränken, dass nachher alle weniger haben.

Günther Krings, CDU-Abgeordneter und Vorsitzender der „Jungen Gruppe“ der CDU/CSU-Fraktion.

B Die persönlichen Entwicklungschancen eines Menschen dürfen nicht von Herkunft und vom Geldbeutel seiner Eltern abhängen. Trotz sozialer Marktwirtschaft und gemeinsamer Politik der Volksparteien gibt es hier noch immer große Disparitäten. Die Pisa-Studie etwa sagt eindeutig, dass unser Schulsystem eines der sozial selektivsten ist. Auch in großen Städten gibt es Gettosituationen, die keine wirkliche Chancengleichheit bieten. Insofern haben wir immer noch einen Nachholbedarf.

Rolf Stöckel, SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit seiner Fraktion.

Und welche Konsequenzen sollte man aus der Diskussion ziehen? (zu Aufgabe 6)

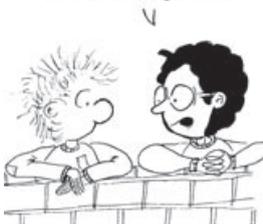
Die Auffassung, die festgestellte oder empfundene soziale Ungerechtigkeit in Deutschland sei ein Grund, sich nicht demokratisch (an Wahlen, an der Mitbestimmung in Schule, Betrieb und Wohnviertel) zu beteiligen, führt ins Abseits. Eine Untersuchung von 124 Staaten, die die Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hat, kommt hier nämlich zu einem klaren Ergebnis:

„Für die 124 Länder kann gelten: Je demokratischer, desto sozial gerechter, und je gerechter, desto demokratischer. In Bezug auf die einzelnen Dimensionen sozialer Gerechtigkeit zeigt sich, dass Demokratisierung vor allem eine Steigerung der Ausgaben für soziale Einrichtungen bewirkt, zugleich aber auch Bildung, Geschlechtergleichstellung und Armutsbekämpfung fördert.“

Quelle: Soziale Gerechtigkeit und Demokratie: auf der Suche nach dem Zusammenhang/ Wolfgang Merkel; Mirko Krück [Electronic ed.], S.12 Dhttp://library.fes.de/fulltext/id/01706.htm

RUBERT

Du lebst in einem armen Elternhaus - und mir geht es gut. Ist das nicht ungerecht?



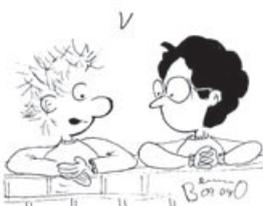
Vielleicht muss es Unterschiede geben, weil alle sonst gleich wären.



Die Unterschiede machen das Leben doch auch bunt und spannend.



Ich möchte nur nicht der andere Unterschied sein.



Soziale Gerechtigkeit

– Utopie oder Herausforderung?

ARBEITSBLATT

A

von Eckart D. Stratenschulte

Die soziale Ungleichheit in Deutschland nimmt zu. Was bedeutet das für die soziale Gerechtigkeit?

1 Was ist soziale Gerechtigkeit?

A Gerecht ist, ...

- wenn es allen gleich gut geht
- wenn jeder machen kann, was er will
- wenn auf die Rücksicht genommen wird, denen es schlechter geht
- wenn die mehr bekommen, die mehr brauchen
- wenn die mehr bekommen, die mehr leisten
- wenn ...

B Wie sozial gerecht geht es Ihrer Meinung nach in Deutschland zu? Begründen Sie Ihre Einschätzung!

- sehr gerecht
- ziemlich gerecht
- nicht besonders gerecht
- sehr ungerecht

♂ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs



2 Was müsste getan werden, damit es in Deutschland gerechter zugeht?

Kreuzen Sie entsprechend an: + = dem stimme ich zu / - = das lehne ich ab

— Aussagen	+	-
1. Die Steuern für die Reichen müssten erhöht werden. Dann hätte der Staat mehr Geld, das er den Armen geben könnte.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Die Steuern müssten gesenkt werden, damit sich Leistung wieder lohnt. Wer mehr arbeitet, soll auch mehr davon haben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Der Staat muss jedem ♂, der ♂ will, einen Arbeitsplatz beschaffen. So hat jeder ♂ die gleiche Möglichkeit, sich nach oben zu arbeiten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Alle Erwerbsfähigen müssten zur Arbeit gezwungen werden. Nur wer am Wirtschaftsleben teilnimmt, kann Ansprüche stellen und gleichberechtigt sein.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3 Was spielt eigentlich für soziale Gerechtigkeit eine Rolle?

A Kreuzen Sie entsprechend an: + = sehr wichtig / o = nicht so wichtig / - = unwichtig. Nennen Sie zwei weitere Faktoren.

Einkommen	+ <input type="checkbox"/> o <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/>	Soziale Sicherheit	+ <input type="checkbox"/> o <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/>	Arbeitsplatz	+ <input type="checkbox"/> o <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/>
Steuerbelastung	+ <input type="checkbox"/> o <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/>	Bildung	+ <input type="checkbox"/> o <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/>	Gleichheit von Mann und Frau	+ <input type="checkbox"/> o <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/>
Gesundheitsvorsorge	+ <input type="checkbox"/> o <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/>	Glück	+ <input type="checkbox"/> o <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/>	Auslandsreisen	+ <input type="checkbox"/> o <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/>

B Sie sind die Regierung! Bilden Sie Arbeitsgruppen und formulieren Sie vier politische Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit.

ARBEITSBLATT

B

— Von wegen Chancengleichheit

Von je 100 Akademiker-Kindern, deren Väter einen Hochschulabschluss haben ...

... kommen in die gymnasiale Oberstufe

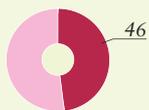


... beginnen ein Studium

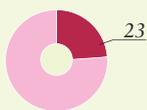


Von je 100 Nichtakademiker-Kindern ...

... kommen in die gymnasiale Oberstufe



... beginnen ein Studium



Quelle: HIS Hochschul-Informations-System / Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Pressemitteilung vom 30. Januar 2008, © Globus-Grafik 1480 / Leitwerk

— Akademiker-Kinder aufs Gymnasium

Lehrerempfehlung für Kinder aus folgenden Gruppen*:

Leitende Angestellte, höhere Beamte, Unternehmer, freie Akademiker u.a.

537

Mittleres Management, Beamte im mittleren / gehobenen Dienst, techn. Angestellte

569

Büro- und Verwaltungsberufe, Verkaufs- und Servicetätigkeiten

582

Selbständige

580

Facharbeiter und Arbeiter

592

Un- und angelernte Arbeiter, Landarbeiter

614

* Lesehilfe für die Tabelle: Kinder aus der obersten sozialen Schicht, die eine Gymnasialempfehlung erhielten, erzielten in einem unabhängigen Test im Schnitt 537 Punkte. Ein Kind aus der untersten Schicht benötigte für diese Empfehlung 614 Punkte. Geprüft wurde, wieviel die Kinder von einem Text verstanden haben.

Quelle: IGLU-Studie 2006, © Globus-Grafik 1802 / Leitwerk

4 Wie wichtig ist die Herkunft für die soziale Gerechtigkeit?

Betrachten Sie die nebenstehenden Tabellen. Kreuzen Sie die Aussagen an, die Sie für richtig halten. Wie wichtig ist die soziale Herkunft?

- Gar nicht, Dirk Nowitzki und die Bundesliga-Profis haben auch nicht studiert und verdienen mehr als alle Lehrer²³ unserer Schule zusammen.
- Niemand sucht sich seine Eltern aus. Aber wer aus „kleinen Verhältnissen“ kommt, hat wenig Chancen, Karriere zu machen. Das ist nicht gerecht.
- Der ehemalige Bundeskanzler Schröder hat seinen im Krieg gefallenen Vater nie kennengelernt, seine Mutter war Putzfrau. Das zeigt: Wer wirklich will, kommt auch nach oben.
- Die soziale Herkunft bestimmt das weitere Leben. Das ist nicht gerecht, aber nicht zu ändern. Der Staat sollte das auch nicht versuchen.
- Die soziale Herkunft bestimmt das weitere Leben. Das ist nicht gerecht, aber zu ändern. Der Staat muss ab dem Kindergarten aktiv eingreifen und die Kinder fördern. Dafür muss das Bestimmungsrecht der Eltern über ihre Kinder eingeschränkt werden.
- Eltern, deren Kinder schlecht in der Schule sind, sollten zur Rechenschaft gezogen werden, denn die Bildung entscheidet über den weiteren Lebensweg.
- Schüler²³ aus einfachen sozialen Verhältnissen sollten einen Notenbonus bekommen, nur so hat das Kind eines Hilfsarbeiters²³ die gleichen Chancen wie das eines Professors²³.

5 Sozialstaat Deutschland

In Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

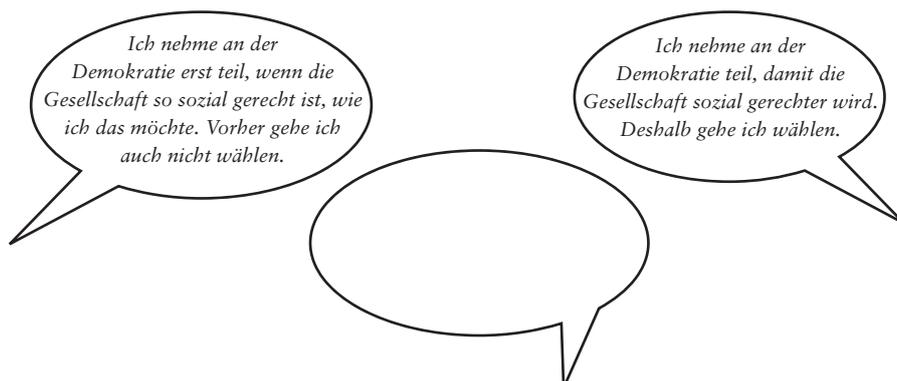
Demokratisch und sozial: Was meinen Sie, wie passt das zusammen?

Die einen sagen: Je demokratischer ein Staat ist, desto mehr lässt er seinen Bürgern²³ die Freiheit. Freiwillig ist aber niemand so sozial, eine Minderheit, die nichts leisten will oder kann, durch ihre Steuern gut zu stellen. Also: Demokratie schränkt den Sozialstaat ein.

Die anderen meinen: Je demokratischer, desto sozialer und gerechter. Das hat damit zu tun, dass die Regierenden stärker kontrolliert werden und nicht machen können, was sie (oder ihre reichen Freunde) wollen. Da die Mehrheit eines Staates aus „kleinen Leuten“ besteht, wird dadurch auch stärker darauf geachtet, dass die soziale Komponente eines Staates ausgeprägt ist. Also: Demokratie ist die Voraussetzung des Sozialstaats.

6 Und welche Konsequenzen sollte man aus der Diskussion ziehen?

Diskutieren Sie die beiden Auffassungen! Schreiben Sie Ihr persönliches Fazit in die leere Sprechblase.



— Weiterführende Hinweise

— Schriften und Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung

Informationen zur politischen Bildung

Nr. 269: Sozialer Wandel in Deutschland
— Bestell-Nr. 4.269

Themenblätter im Unterricht

Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern?
— Bestell-Nr. 5.390

Nr. 59: Gleiche Chancen für Anne und Ayshe?
— Bestell-Nr. 5.952

Nr. 62: Unterschicht in Deutschland?
— Bestell-Nr. 5.955

Schriftenreihe

Band 649: Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland
Neumann, Lothar F. / Schaper, Klaus,
Bonn, 2008
— Bestell-Nr. 1.649

Band 687: Die Ausgeschlossenen – Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft
Bude, Heinz, Bonn 2008
— Bestell-Nr. 1.687

Band 693: Zukunftsfähigkeit Deutschlands
Kocka, Jürgen (Hrsg.), Bonn 2008
— Bestell-Nr. 1.693

Themen und Materialien

Berufliche Integration in der multikulturellen Gesellschaft
— Bestell-Nr. 2.444

fluter

Nr. 21: Es lebe der Unterschied? – Das Gleichheitsheft
— nur noch online verfügbar!

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)

Nr. 42/2007: Gesundheit und soziale Ungleichheit
— Bestell-Nr. 7.742

Nr. 44–45/2006: Soziale Milieus
— Bestell-Nr. 7.644

Nr. 33–34/2008: Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung
— vergriffen; nur noch online

Nr. 37/2005: Ungleichheit – Ungerechtigkeit
— vergriffen; nur noch online:
www.bpb.de/publikationen/apuz

— Internetadressen

Sozialpartner

www.dgb.de
Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) beschäftigt sich mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Sozialordnung.

www.iwkoeln.de
Institut der deutschen Wirtschaft:
Das Forschungsinstitut der Arbeitgeber bringt unter anderem den Informationsdienst iwD heraus, der auch online abrufbar ist.

Bundesorgane und -institutionen

www.bundesregierung.de
Die Internetseiten der Bundesregierung.

www.bundestag.de
Die Internetseite des Deutschen Bundestags.

www.destatis.de
Statistisches Bundesamt:
Das Statistische Bundesamt verfügt über viele Sozialdaten, die auch online abrufbar sind.

HINWEISE



Parteien

www.spd.de
www.cdu.de
www.gruene.de
www.fdp.de
www.die-linke.de

Wissenschaft und Forschung

www.diw.de
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin:
Das DIW analysiert die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und gibt regelmäßig Publikationen heraus.

www.iwb-halle.de
IWH - Institut für Wirtschaftsforschung, Halle.

www.fluter.de/de/gleichheit/editor/5542/?tpl=83
Gesammelte Beiträge zum Thema Gleichheit im Archiv von fluter.de.

www.bpb.de/sozialesituation
Zahlen und Fakten über die soziale Situation in Deutschland.

— bpb-Publikationen Online

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten zu den Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung erhalten Sie unter:

www.bpb.de/publikationen

— bpb-Publikationen für den Unterricht



Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern?
(Nr. 40)



Gleiche Chancen für Anne und Ayshe?
(Nr. 59)



Freiheitsrechte – grenzenlos?
(Nr. 50)



fluter: Es lebe der Unterschied
(Nr. 21)

— Vom Autor dieser Ausgabe



Unterschicht in Deutschland?
(Nr. 62)



Welche EU wollen wir?
(Nr. 72)

Neu! pocket kultur

Nicht nur „Antike“, „Ästhetik“ und „Bildende Kunst“ gehören zur Kultur, sondern auch „Comedy“, „Comic“ und „Computerspiele“: Auf 160 Seiten im Hosentaschenformat bringt das kleine Lexikon rund 100 Begriffe und viele Interviews mit Kulturschaffenden wie jungen Drehbuchautoren, Musikern und Fernsehmoderatoren.

— Ab Oktober 2008 zu bestellen (Bestell-Nr. 2.556, Bereitstellungspauschale 1, – Euro): www.bpb.de/publikationen > pocket

Foto: Mainpicture / Victor T.



— Fax-Bestellblatt (03 82 04) 6 62 73

— Versandbedingungen

Im Inland bis 1 kg: kostenlos und portofrei.
1–20 kg: Versandbeitrag von 4,60 Euro per Überweisung nach Erhalt.

Stand: 1. August 2008

An den
IBRo Versandservice GmbH
Kastanienweg 1

18184 Roggentin

Das Bestellblatt kann auch im DIN-lang-Umschlag per Post verschickt werden. Bitte ausreichend frankieren!

Lieferanschrift

Schule Privat

Vorname: _____

Name: _____

Klasse/Kurs: _____

Schule: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Themenblätter im Unterricht (2008)

- Bestell-Nr. 5.962 Ex. *Olympialand China* (Nr. 69)
Bestell-Nr. 5.963 Ex. *US-Präsidentenwahl 2008* (Nr. 70)
Bestell-Nr. 5.964 Ex. *Mobilität und Umwelt* (Nr. 71)
Bestell-Nr. 5.965 Ex. *Welche EU wollen wir?* (Nr. 72)
Bestell-Nr. 5.966 Ex. *Klimagerechtigkeit* (Nr. 73)
Bestell-Nr. 5.967 Ex. *Terrorabwehr und Datenschutz* (Nr. 74)
Bestell-Nr. 5.968 Ex. *Bedrohte Vielfalt – Biodiversität* (Nr. 75)

neu: wieder lieferbar!

- Bestell-Nr. 5.387 Ex. *20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler* (Nr. 37)
Bestell-Nr. 5.394 Ex. *Soziale Gerechtigkeit – Utopie oder Herausforderung?* (Nr. 44)
Bestell-Nr. 5.940 Ex. *Die Türkei und Europa* (Nr. 47)

Thema im Unterricht Extra: Arbeitsmappen

- Bestell-Nr. 5.317 Ex. *Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene* (14. Auflage 2007)
Bestell-Nr. 5.340 Ex. *Methoden-Kiste*
Bestell-Nr. 5.399 Ex. *Was heißt hier Demokratie?*

Informationen zur politischen Bildung

Bestell-Nr. 4.287 Ex. *Umweltpolitik* (Nr. 287)

pocket (je 1,- Euro)

- Bestell-Nr. 2.551 Ex. *pocket politik*
Bestell-Nr. 2.556 Ex. *pocket kultur*
 Bitte senden Sie mir ein kostenloses Musterexemplar

— Jedes Jahr im Juni erscheint der neue Timer!

Im März ein kostenloses Musterexemplar online bestellen:

www.bpb.de/timer

Hier finden Sie außerdem 54 Timer-Quizkarten mit Wissensfragen zum Kalenderium des aktuellen Timers zum Herunterladen und Ausdrucken.